



27. September 2019

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Klimaschutzprogramm 2030**
- **Die Woche im Deutschen Bundestag**
- **Team Esther Dilcher neu aufgestellt**
- **Bilder der Woche**
- **Wahlkreisfahrt ins politische Berlin**
- **Aus Schwalm-Eder**
- **Veranstaltungshinweis: Betriebs- und Personalrätekonferenz am 04. Oktober 2019**
- **Vorschau: Seeheimer Kreis der SPD stellt Abgeordnete vor**
- **Lesenswert**

Klimaschutzprogramm 2030



Die SPD hat ihre Anforderungen an ein Klimaschutzpaket umgesetzt: Die Klimaziele bis 2030 müssen verlässlich erreicht werden – und vor allem Menschen mit kleinen Einkommen dürfen dabei nicht überfordert werden. Der Umstieg muss für alle machbar sein. Wir achten darauf, dass es sozial gerecht umgesetzt wird.

Es gilt jetzt, die Vereinbarungen in Gesetze zu gießen und zu beschließen. Wir haben einen großen Schritt in die richtige Richtung gemacht. Noch nie hat eine Koalition ein derart umfassendes Klimaschutzprogramm vorgelegt. Grüne und FDP hatten in den Sondierungsgesprächen für eine Jamaika-Koalition für ein vergleichbares Klimaschutzpaket nicht die Kraft und den Durchsetzungswillen.

Es ist ein guter Anfang auf dem Weg zu einem sozialökologischen Umbau unserer Gesellschaft. Wir machen Deutschland fit für die Zukunft, sozial ausgewogen und wirtschaftlich stark. Mit einem milliardenschweren Investitionspaket werden wir dieses Ziel erreichen. Wir sichern Arbeitsplätze und schaffen neue, indem wir Zukunftsindustrien durch Investitionen fördern und Planungssicherheit für die Wirtschaft schaffen.

Näheres zum Klimaschutzprogramm: In der Rubrik „Lesenswert“ am Ende des Newsletters finden Sie ein erläuterndes Schreiben der SPD-Abgeordneten Dr. Matthias Miersch und Sören Bartol sowie Argumente zum Klimaprogramm.

Die Woche im Deutschen Bundestag

Jahressteuergesetz 2019 – Förderung der Elektromobilität

Diese Woche beriet der Deutsche Bundestag in erster Lesung das Gesetz zur Förderung der Elektromobilität und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften.

Schwerpunkt des Gesetzentwurfs ist die steuerliche Förderung von umweltfreundlicher Mobilität: Die Steuervorteile für privat genutzte betriebliche Elektrofahrzeuge oder extern aufladbare Hybridfahrzeuge wollen wir bis zum Jahr 2030 verlängern. Damit wird die private Nutzung dieser Fahrzeuge auch weiterhin nur mit 0,5 Prozent des Listenpreises bewertet und die Versteuerung halbiert. Das kostenfreie Aufladen des Elektro- oder Hybridfahrzeugs im Betrieb des Arbeitgebers soll nun bis zum Jahr 2030 steuerfrei bleiben.



Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen



Aus Verantwortung für künftige Generationen schalten wir spätestens 2038 das letzte Kohlekraftwerk ab. Wir beenden die Verlagerung der Umweltkosten in die Zukunft und stellen gleichzeitig sicher, dass die vom Kohleausstieg betroffenen Regionen neue Zukunftsperspektiven erhalten.

Für die betroffenen Regionen in den vier Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt gibt es Geld, um diesen Strukturwandel zu meistern, so der Plan. 40 Milliarden Euro sollen es bis 2038 sein. Dieses Investitionspaket entspricht den Forderungen der SPD-Bundestagsfraktion.

Pflegelöhneverbesserungsgesetz

In dieser Woche beriet der Deutsche Bundestag in erster Lesung das Pflegelöhneverbesserungsgesetz. Damit schaffen wir die Grundlage für bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege. Mit dem Gesetz für bessere Löhne in der Pflege wollen wir ermöglichen, dass Pflegekräfte mehr verdienen. Dafür kommen zwei Wege in Frage:

branchenweit erstreckte Tarifverträge oder höhere Pflegemindestlöhne durch Rechtsverordnung.

Unser Ziel ist, dass es künftig Mindestlöhne differenziert nach Hilfs- und Fachkräften gibt und die Ost-/West-Unterschiede beendet werden.

Angehörigentlastungsgesetz

Ein Pflegefall in der Familie stellt Angehörige vor schwierige Herausforderungen. Das allein stellt eine emotionale, logistische und oft auch finanzielle Belastung dar.



Pflegende Angehörige verdienen Respekt und vor allem auch Unterstützung. Darum hat sich die Koalition zum Ziel gesetzt, sie noch in dieser Wahlperiode finanziell zu entlasten.

Das Angehörigentlastungsgesetz, welches wir in erster Lesung behandelt haben, sieht vor, dass Angehörige künftig erst ab einem Jahreseinkommen von 100.000 Euro vom Sozialamt in Anspruch genommen werden — und zwar in der gesamten Sozialhilfe. Bisher galt diese Regelung nur bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Für Angehörige von volljährigen Menschen mit Behinderungen, die Eingliederungshilfe nach dem Bundesteilhabegesetz erhalten, fällt dieser sogenannte Unterhaltsrückgriff in Zukunft sogar vollständig weg.

Hebammenreformgesetz

Das Hebammenreformgesetz, das wir diese Woche in zweiter und dritter Lesung im Bundestag beraten, sorgt dafür, dass die Hebammenausbildung moderner und attraktiver wird. Denn Hebammen helfen bei einem guten Start ins Leben und leisten somit eine für unsere Gesellschaft unverzichtbare Arbeit. Künftig werden angehende Hebammen in einem dualen Studium mit hohem Praxisanteil ausgebildet. Damit wird den hohen Anforderungen an Hebammen im komplexer werdenden Gesundheitssystem entsprochen.

Mit dieser Ausbildungsreform wird zugleich die Berufsanerkennungsrichtlinie der Europäischen Union umgesetzt. Das Gesetz soll Anfang 2020 in Kraft treten.

Reform der Psychotherapeutenausbildung

Der Umfang psychotherapeutischer Behandlung ist in der Vergangenheit kontinuierlich gestiegen. Um die psychotherapeutische Versorgung in Deutschland zu stärken, wird nun die Ausbildung zur Psychotherapeutin/Psychotherapeuten grundlegend modernisiert. Aus diesem Grund hat der Bundestag in zweiter und dritter Lesung den Regierungsentwurf für ein Gesetz zur Reform der Psychotherapeutenausbildung beraten. Dieses Gesetz ermöglicht dann ein längst überfälliges Direktstudium der Psychotherapie. Wir haben zudem dafür gesorgt, dass die Erstausbildung nichts kosten darf.

Implantatregister

Wir haben in zweiter und dritter Lesung den Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung eines Implantatregisters beraten - eine langjährige Forderung der SPD. Künftig dürfen nur die Implantate hoher Risikoklasse (z.B. künstliche Gelenke) verwendet werden, die im Register verzeichnet sind. Alle Hersteller von Implantaten müssen ihre Produkte registrieren. Krankenhäuser und Krankenkassen müssen melden wenn und wie sie Implantate nutzen. Dadurch können im gesamten Bundesgebiet alle implantatbezogenen Maßnahmen erfasst und aussagekräftige Informationen über die verschiedenen implantierbaren Medizinprodukte und die medizinische Versorgung in den einzelnen Gesundheitseinrichtungen gewonnen werden. Die Patientensicherheit wird deutlich erhöht.



Berichterstattegespräche im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

In dieser Woche fanden im Rahmen der Haushaltsberatungen des Deutschen Bundestages die Berichterstattegespräche im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz statt. Das heißt alle Fraktionen hatten über ihre jeweiligen Berichterstatte die Möglichkeit, beim Bundesministerium kritische Fragen zu deren Haushaltsentwurf zu stellen.

Als Hauptberichterstatte zum Haushalt des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz hat Esther Dilcher die Sitzung geleitet (im Bild mit Justizministerin Christine Lambrecht). Diese Sitzung bietet die Gelegenheit, Verbesserungen am Haushalt in den kommenden Beratungen zu fordern.



Team Dilcher neu aufgestellt

Isabell Seidenstücker (im Bild rechts) arbeitet seit dem 1.7.19 als Büroleiterin im Berliner Büro. Sie ist die erste Ansprechpartnerin und verantwortet die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Unterstützt wird sie seit dem 1.8.19 von Maik Schuparis (links), der als Wissenschaftlicher Mitarbeiter vor allem die Ausschussarbeit vorbereitet und begleitet. Isabell und Maik haben bereits viele Jahre

Berufserfahrung im politischen Umfeld gesammelt - sowohl auf Bundes- als auch auf Länder-ebene. Von Anfang an dabei ist Marlies Hempel (Mitte). Als Teamassistentin ist sie zuständig für die Terminkoordination und die Organisation von Besuchergruppen.

Bilder der Woche

Mit 97,7 Prozent ist **Rolf Mützenich** (Bild Mitte) zum neuen Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion gewählt worden. Der 60-Jährige hatte die Fraktion nach dem Rücktritt von Nahles bereits seit Anfang Juni kommissarisch geführt.

Bei der **Neuwahl des Fraktionsvorstandes** am Dienstag wurde Carsten Schneider als Erster Parlamentarischer Geschäftsführer wiedergewählt. Erstmals als stellvertretende Fraktionsvorsitzende wurden Gabriela Heinrich (Außen, Verteidigung, Menschenrechte, Wirtschaftliche Zusammenarbeit) und Bärbel Bas (Gesundheit, Bildung und Forschung, Petitionen) gewählt.



Stellvertretende Fraktionsvorsitzende bleiben Sören Bartol (Wirtschaft, Verkehr und Digitale Infrastruktur, Digitale Agenda, Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen), Eva Högl (Innen und Heimat, Recht und Verbraucherschutz, Kultur und Medien, Sport), Katja Mast (Arbeit und Soziales, Frauen, Senioren, Familie und Jugend), Matthias Miersch (Umwelt, Energie, Landwirtschaft, Tourismus) und Achim Post (Europa, Haushalt, Finanzen).

Verabschiedung aus der SPD-Bundestagsfraktion

Der innenpolitische und ehemalige rechtspolitische Sprecher Burkhard Lischka ist heute in der Bundestagsfraktion verabschiedet worden.

Edgar Franke hat mit dem gebürtigen Sauerländer und Magdeburger SPD-Landesvorsitzenden vor allem auf dem Gebiet der Rechtspolitik hervorragend zusammengearbeitet.



MdB trifft THW



Am Dienstag waren wieder einige hundert THW'ler aus ganz Deutschland vor Ort, um mit Politikerinnen und Politikern ins Gespräch zu kommen. Das THW ist die ehrenamtlich getragene Einsatzorganisation des Bundes, eine Behörde im Geschäftsbereich des Bundesinnenministeriums. Seit vielen Jahren gibt es dieses Format als „THW zum Anfassen“.

Die Abgeordneten haben die Möglichkeit, das THW praktisch zu erleben und mit THW-Angehörigen aus den Ortsverbänden ins Gespräch kommen. Edgar Franke und Esther Dilcher eilten direkt nach der Fraktionssitzung zum Paul-Löbe-Haus und sprachen mit den Ehrenamtlichen (im Bild mit Gerold Reichenbach).

Schulklassen besuchen Bundestag

Gleich drei Klassen der Jahrgangsstufe 10 der Ursulinenschule in Fritzlar und der Gustav-Heinemann-Schule in Borken waren diese Woche zu Gast. Im Bild ist die Klasse von Frau Wildner der Ursulinenschule.



Wahlkreisfahrt ins politische Berlin

Wieder einmal war eine Besuchergruppe aus dem Wahlkreis zu Gast bei Esther Dilcher. Die Informationsreise startete mit einer Stadtrundfahrt. Programmpunkte waren u.a. ein Informationsgespräch im Umwelt-



bundesamt, der Besuch der Gedenkstätte Berliner Mauer und des Willy-Brandt-Hauses. Zum Abschluss besichtigte die Gruppe den Plenarsaal und die Dachterrasse des Reichstages.

Interesse an einer Wahlkreisfahrt ins politische Berlin?

Die Gruppe aus Esthers Wahlkreis war begeistert und regte an, dass wir „mehr Werbung“ machen sollen, für die Möglichkeit, an einer politischen Informationsfahrt nach Berlin teilzunehmen.

In diesem Sinne: Alle Informationen zu BPA-Fahrten findet man auf der Homepage. Siehe <https://www.estherdilcher.de/themen/> und für den Wahlkreis von Edgar Franke <https://www.edgarfranke.de/Berlin-Besuch.81.0.html>. Anmeldungen können auch telefonisch in den Wahlkreisbüros erfolgen.

Aus Schwalm-Eder



Stark für die Menschen – Stark für Schwalm-Eder

Die SPD-Schwalm-Eder diskutiert frühzeitig, nämlich eineinhalb Jahre vor der Kommunalwahl, ihre politischen Inhalte und ihre zukünftige politische Strategie!

Die SPD im Schwalm-Eder-Kreis hat allein 362 ehrenamtliche Mandatsträger in den insgesamt 27 Stadt- und Gemeindeparlamenten. Sie stellt 23 mal die stärkste Fraktion in den Stadt- und Gemeindevertretungen und hat sechsmal die absolute Mehrheit im Parlament. Hinzu kommen viele Ortsbeiratsmitglieder.

Umweltaktionstag der Grundschule

Mit über 350 Schülern und Gästen in Gudensberg auf dem Freizeiterlebnisgelände mit vielen Mitmachstationen.

Mit viel Engagement, mit Musikbeiträgen, mit guter Laune und Kreativität des Lehrerkollegiums und vieler beteiligter Eltern ist der Umweltaktionstag gestaltet worden. Den Schülern hat es erkennbar viel Spaß gemacht! Die Schulleiterin,



Frau Borgolte und Herr Hartmann als Sozialpädagoge (2. und 4. von links) haben vieles vorbereitet und Staatssekretär Weinmeister sowie der Gudensberger Stadtrat Ralf Römer (oben von links) und Landesschülersprecher Tom Sohl (links) haben die Veranstaltung ebenfalls mit ihrem Besuch besucht.

Starke Arbeitnehmerrechte in einer sich verändernden Arbeitswelt - Betriebsrätekonferenz in Berlin

Am 4. Oktober lädt die SPD-Bundestagsfraktion zur Betriebs- und Personalrätekonferenz nach Berlin ein. Als Referenten stehen u.a. auf dem Podium: Kerstin Tack, Sprecherin für Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion, der Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil sowie unser SPD-Fraktionsvorsitzender Dr. Rolf Mützenich.

Interessierte Betriebs- bzw. Personalräte aus den nordhessischen Wahlkreisen können sich gern über die Büros ihrer Abgeordneten anmelden.

Vorschau: Seeheimer-Kreis in der SPD stellt Abgeordnete vor



Auf Anregung des Seeheimer Kreises sind Videos von Bundestagsabgeordneten gedreht worden. In den 5minütigen Videos diskutieren die Politikerinnen und Politiker mit Gesprächspartnern in lockerer Atmosphäre u.a. über die Herausforderungen in unserem Land oder welche Rolle die Politik im eigenen Leben spielt.

Herausgekommen sind interessante Beiträge, die ab Freitag (27.09.19) über Instagram und facebook veröffentlicht werden. Der Beitrag von Esther Dilcher findet sich ab Freitag auch auf ihrer Homepage.

Lesenswert

Wir haben diesem Newsletter aus Berlin einige Anlagen beigefügt.

Schreiben der Abgeordneten Dr. Miersch und Bartol zum Klimaprogramm. Siehe:

https://www.edgarfranke.de/fileadmin/user_upload/images/bundestag/newsletter/Schreiben_Miersch_Bartol_Klimaprogramm_23_09_19.pdf

Argumente zum Klimaprogramm. Siehe:

https://www.edgarfranke.de/fileadmin/user_upload/images/bundestag/newsletter/Argumente_Klima_24.09.19.pdf

Positionspapier des Seeheimer-Kreises „ Steuergerechtigkeit stärken-Ungleichheit bekämpfen“ unter Mitwirkung von Edgar Franke. Siehe:

https://www.edgarfranke.de/fileadmin/user_upload/images/bundestag/newsletter/20190926_Seeheimer_Kreis_Steuergerechtigkeit_staerken-Ungleichheit_bekaempfen.pdf

So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5
35066 Frankenberg
Telefon 06451 717950
www.edgarfranke.de

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke. Die Infos sind bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seiten 5, 6 und 8 oben Esther Dilcher; Seite 3 Image by [Capri23auto](#) from [Pixabay](#) und Image by [Steve Buissinne](#) from [Pixabay](#) sowie Seite 4 [pixabay.com](#); Seiten 7, 8 unten und 9 Edgar Franke, Seite 10 Seeheimer Kreis in der SPD.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

Klimaschutzprogramm 2030:

WIR HANDELN JETZT! DAS KLIMASCHUTZPROGRAMM 2030

Die Große Koalition hat sich auf das größte Klimaschutzprogramm geeinigt, das in Deutschland jemals beschlossen wurde. Es macht die Klimaziele verbindlich, stärkt den Wirtschaftsstandort und sorgt dafür, dass es dabei sozial gerecht zugeht.

Wir haben heute einen echten Durchbruch für den Klimaschutz erzielt. Wir wollen und werden unsere Klimaziele 2030 und 2050 erreichen. Die dafür notwendigen Maßnahmen werden wir in einem Klimaschutzgesetz verbindlich festschreiben. Wir werden unsere Fortschritte kontinuierlich überprüfen. Und wenn wir unsere Zwischenziele nicht erreichen, werden wir zusätzliche Maßnahmen ergreifen.

Mit dem Klimaschutzprogramm 2030 gehen wir den Weg weiter, den wir mit dem Kohleausstieg und unserem Strukturstärkungsgesetz Anfang des Jahres begonnen haben:

Wir haben uns darauf geeinigt, klimafreundliche Investitionen und klimafreundliches Verhalten noch stärker zu fördern. Deswegen setzten wir neue Förderprogramme auf und statten bestehende Programme besser aus.

Durch das Klimaschutzprogramm wird spürbar, dass sich Klimaschutz lohnt. Für Bürgerinnen und Bürger, für Unternehmen und die Umwelt.

Ein großer Erfolg ist, dass wir klimaschädlichem CO₂ in Zukunft einen Preis geben – und zwar sozial gerecht. Die SPD hat intensiv dafür gekämpft, dass das Klimaschutzprogramm 2030 sozial ausgewogen ist.

Klimaschutz schafft neue Chancen. Unternehmen können mit innovativen und klimafreundlichen Produkten und Dienstleistungen international konkurrieren. Die SPD-Fraktion hat dafür gesorgt, dass durch Investitionen in den Klimaschutz Arbeitsplätze erhalten sowie neue und zukunftsorientierte Stellen geschaffen werden. Mit dem Klimaschutzprogramm 2030 haben wir den Weg dafür bereitet, dass Deutschland die Chancen des Klimaschutzes nutzt und gestaltet.

WAS HABEN WIR ERREICHT?

Das heute im Klimakabinett beschlossene Klimaschutzprogramm besteht aus vier Bausteinen, mit denen wir verbindlich sicherstellen, dass die Klimaziele 2030 und 2050 erreicht werden:

Der **erste Baustein** besteht aus **Maßnahmen, mit denen wir die Vermeidung von CO₂ fördern. Dafür werden 54 Mrd. Euro von 2020 bis 2023 bereitgestellt.** Die Maßnahmen betreffen zum Beispiel die Energieversorgung, die Mobilität, den Gebäudebereich oder die Forschung und Entwicklung. Darunter fallen beispielsweise:

- Verbindlicher Kohleausstieg bis spätestens 2038, bei gleichzeitiger Strukturförderung mit rund 40 Mrd. Euro.
- Ausbau der erneuerbaren Energien mit dem Ziel, bis 2030 65% der Energie aus regenerativen Energiequellen zu erzielen. Dafür heben wir die bisherige Beschränkung des Ausbaus von Solarenergieanlagen auf. Die Beschränkung von Windenergie auf See wird von 15 Gigawatt

Strom auf 20 Gigawatt Strom angehoben und die Abstandsregelungen bei Windenergie an Land werden auf 1000 Meter reduziert. Kommunen die den Ausbau von Windenergie aktiv verfolgen, werden finanziell belohnt.

- Stärkung des Mieterstroms (direkt produzierter Strom, z. B. durch eigene Solarzellen auf dem Dach)
- Ausbau und Verlängerung der Kaufprämie für Elektroautos und steuerliche Begünstigung von Dienstwagen mit Elektroantrieb.
- Aufbau von einer Million Ladesäulen bis 2030.
- Bahnfahren wird günstiger. Zukünftig wird die Mehrwertsteuer auf Bahnfahrkarten von 19% auf 7% gesenkt. Flugtickets werden hingegen teurer.
- Durch eine kräftige Eigenkapitalerhöhung (1 Mrd. Euro pro Jahr) der Bahn kann diese bisher mit Dieselfahrzeugen betriebene Nebenstrecken viel schneller elektrifizieren als bisher.
- Mehr Geld für den Personennahverkehr in den Kommunen und Einführung des 365 Euro-Jahrestickets, zunächst in 10 Modellstädten.
- Mehr Geld für Radwege und Ausbau des Radschnellwege-Netzes.
- Steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung auch bei kleineren Maßnahmen, wie z. B. dem Austausch der Fenster.
- 40%-ige Förderung beim Austausch einer alten Ölheizung gegen eine neue, klimafreundliche Heizung.
- Hilfe für Böden, Wälder und Moore, um deren Klimaschutzfunktion zu sichern.

Der **zweite Baustein** setzt verbindliche Regeln, damit die Vermeidung von Co2 auch tatsächlich vorankommt. Das Grundprinzip ist: Wer frühzeitig in klimaneutrale Technologien investiert, wird am stärksten unterstützt. Mit dieser Kombination aus attraktiver Förderung und klaren gesetzlichen Vorschriften, machen wir den Klimaschutz für Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger praktisch umsetzbar: Wir wollen erreichen, dass beim nächsten Kauf einer Heizung oder eines Autos, die klimafreundlichste Variante gewählt wird. Zu den Regeln gehören u.a.:

- Der Einbau von Ölheizungen ist ab 2026 nur noch in wenigen Ausnahmefällen gestattet.
- Energetische Gebäudesanierung wird gefördert. Die Energieberatung wird bspw. bei einem Eigentümerwechsel obligatorisch.
- Wir verpflichten Tankstellen, Ladesäulen aufzubauen.

Der **dritte Baustein** ist die **Einführung eines Preises auf CO2 und die Senkung des Strompreises**. Mit dieser Entscheidung wird im Portemonnaie spürbar, dass sich die Entscheidung für Produkte und Dienstleistungen lohnt, die CO2 vermeiden. Wir schaffen einen Anreiz für Investitionen in klimafreundliche Technologien im Bereich der Wärmeversorgung und der Mobilität. 2021 startet das nationale Emissionshandelssystem mit einem festgelegten Preis. Produzierende oder Lieferende von Brenn- und Kraftstoffen sind zur Teilnahme verpflichtet. In den darauf folgenden Jahren wird der Preis pro Tonne in jetzt schon festgelegten Schritten steigen. Darauf können sich Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen schon heute einstellen. Der Preis steigt von 10 Euro im Jahr 2021 über 20 Euro im Jahr 2022, 25 Euro im Jahr 2023, 30 Euro im Jahr 2024 auf 35 Euro im Jahr 2025. Ab 2026 verringert sich die maximale jährliche Emissionsmenge.

Parallel wird Strom günstiger. Ab 2021 senken wir die EEG-Umlage (Erneuerbare Energien). Das hilft insbesondere Geringverdienenden und Familien. Wenn CO2 teurer wird, dann wird der Strom aus erneuerbaren Energien günstiger. Das ist fair und sorgt für Berechenbarkeit. Außerdem erhöhen wir das Wohngeld um 10 Prozent und begrenzen die Möglichkeit der EigentümerInnen, CO2-Kosten auf die Mieten umzulegen.

Der **vierte Baustein** ist **Verbindlichkeit**. Wir kontrollieren jedes Jahr, ob wir unsere Klimaziele erreichen. Ist das nicht der Fall, werden zusätzliche Maßnahmen ergriffen. Das Klimakabinett wird zu diesem Zweck dauerhaft eingerichtet. Es wird die Fortschritte in den einzelnen Bereichen (z.B. Gebäude oder Verkehr) jährlich ermitteln und durch einen externen ExpertInnenrat begleiten lassen. Sollten Ziele verfehlt werden, müssen die dafür zuständigen Ministerinnen und Minister innerhalb von drei Monaten ein Sofortprogramm vorlegen, damit die Ziele erreicht werden.

WIE GEHT'S JETZT WEITER?

Wir haben in den vergangenen Monaten hart mit dem Koalitionspartner verhandelt. Das heutige Ergebnis ist ein großer Erfolg, auf den wir als SPD stolz sein können. Mit dem Klimaschutzprogramm 2030 werden wir die Pariser Klimaziele erreichen, unser Land modernisieren und den Weg in eine klimafreundliche Gesellschaft gehen. Damit das klappt, müssen die ersten Lesungen unserer Klimaschutz-Gesetze im November beginnen. Die SPD-Fraktion wird dafür sorgen, dass das Programm wie beschloss- sen in Gesetze gegossen wird.

ARGUMENTE ZUM KLIMASCHUTZPAKET – WAS WIRD BEHAUPTET? UND WAS IST RICHTIG?

1. Der CO-2 Preis hätte viel höher ausfallen müssen

Uns ist klar, dass in der öffentlichen Debatte viele über den niedrigen Einstiegspreis für CO-2 enttäuscht sind. Auch die SPD hätte sich einen höheren Einstieg vorstellen können. Allerdings ist der CO-2-Preis nur ein Instrument im Instrumentenkasten des Klimaschutzes – unser Klimaschutzgesetz beinhaltet sehr viel mehr und reicht weit über die Wirkung eines CO-2-Preises hinaus.

Für uns ist auch wichtig: Bevor der CO-2-Preis stärker anziehen kann, müssen wir aber die Alternativen schaffen. Nicht alle können einfach die U-Bahn nehmen oder für mehrere 10.000 Euro ihre Heizkessel wechseln. Diesen Menschen bliebe alleine aufgrund der fehlenden finanziellen Möglichkeiten nur der Verzicht - das ist für uns kein Konzept! Darum investieren wir nun massiv in den Ausbau des ÖPNV und in Ladesäulen für Elektroautos, fördern den Kauf von umweltfreundlichen Autos und Heizungen.

Große Bedeutung hat für uns auch der Ausbau der regenerativen Energien und der Ausstieg aus der Kohle. Das Ziel 65 % Erneuerbare Energien bis 2030 wird ebenso Gesetz, wie die Ergebnisse der Strukturwandelkommission. Es ist uns in den Verhandlungen gelungen, die Deckelung des Solarausbaus aufzuheben und auch für Windkraft auf dem Meer ein höheres Ausbauziel zu verabreden.

Zentral war für uns, dass wir mit dem Klimaschutzgesetz einen Kontrollmechanismus eingeführt haben, mit dem wir immer wieder überprüfen können, ob wir auf dem richtigen Klimapfad sind. Wir haben mit dem Klimaschutzgesetz ein Sicherheitsnetz vereinbart: wenn ein Sektor droht, seine Ziele zu verfehlen, müssen zügig neue Maßnahmen zum Gegensteuern vorgelegt werden.

2. Zu viele Einzelmaßnahmen, zu viel Klein-Klein...

Mit dem Gesetzespaket werden die für Deutschland geltenden internationalen Klimaschutzziele von Paris umgesetzt. Diese erhalten nun erstmals die bindende Wirkung eines Gesetzes.

Die Klimapolitik der vergangenen Jahre war bestimmt durch viele Einzelmaßnahmen. Ein Pumpenprogramm hier, eine Ladesäule da, ein Windrad hier, eine Kernsanierung da. Dabei wurden Förderprogramme nicht abgerufen, weil eine unterstützende CO-2-Bepreisung fehlte. Windstrom kam nicht beim Konsumenten an, weil Stromnetze fehlten. Ölheizungen wurden durch Ölheizungen ausgetauscht, weil Fernwärme fehlte. Plug-in-Hybride tankten weiter Benzin, weil Ladestationen fehlten. Die Einzelmaßnahmen waren gut gemeint aber wenig abgestimmt und meistens einseitig auf Förderung ausgelegt. Mit dem Klimaprogramm beenden wir das Stückwerk und bringen unter Einbeziehung des kompletten Werkzeugkastens der Klima- und Industriepolitik unsere Wirtschaft und Gesellschaft ganzheitlich auf einen klimafreundlichen Pfad. Mit dem Ziel, als eine der stärksten Volkswirtschaften der Welt einen entscheidenden Beitrag für das Paris-Abkommen zu liefern.

Das Gesamtkonzept umfasst die vier Elemente Förderung, Anreize, Ordnungsrecht und Kontrollmechanismen. Sie ergeben zusammen eine aus unserer Sicht in sich stimmige Klima-Governance. Das Gesamtkonzept ist damit deutlich mehr als die Summe seiner Einzelteile. Es wirkt besser, gerechter und nachhaltiger als lose Einzelmaßnahmen es könnten. Das Gesamtpaket macht die anstehenden 20er Jahre zum Jahrzehnt der umfassenden Energie- und Mobilitätswende.

3. Die Bürger werden zu stark belastet

Die Bundesregierung hat ein sozial ausgewogenes Konzept vorgelegt, mit einem sehr niedrigen Einstiegspreis für CO₂-Zertifikate. Außerdem stellt das Klimaschutzprogramm sicher, dass es fair zugeht im Klimaschutz. Dass der Zusammenhalt der Gesellschaft gewahrt bleibt und niemand über Gebühr belastet wird: Ein gutes Klimaschutzgesetz unterstützt die Menschen und schafft klimafreundliche Alternativen. Erst am Ende eines Pfades steht das ordnungsrechtliche Verbot. So kann sich jeder und jede über einen bestimmten Zeitraum auf Veränderungen einstellen.

Wirksamer Klimaschutz ist beispielsweise ohne die Verkehrswende nicht zu schaffen, darum bieten wir Anreize: Der ÖPNV, die Bahn, emissionsarme Autos und vor allem E-Autos werden billiger und attraktiver. Das Angebot wird ausgebaut, die dafür notwendige Infrastruktur geschaffen bzw. modernisiert. Das Fahren von SUVs, die viel Sprit schlucken, wird – genauso wie das Fliegen – über Zeit moderat teurer. Menschen, die über weite Strecken pendeln und dabei auf das Auto angewiesen sind, werden durch die Erhöhung der Pendlerpauschale für Strecken über 20 Kilometer entlastet. Zur Zeit werden wir für den niedrigen Einstiegspreis beim CO₂-Preis stark kritisiert, hier muss der Staat aber zuerst in Vorleistung gehen und dort, wo es keine Alternativen gibt, finanziellen Ausgleich schaffen beziehungsweise den klimafreundlichen Umstieg organisieren. Umsteigen kann nur, wer Alternativen hat. Das Klimaschutzprogramm folgt dem Gedanken: Die Klimawende ist dann erfolgreich, wenn sie für alle funktioniert.

4. Die Pendlerpauschale führt dazu, dass mehr Auto gefahren wird und sie ist sozial ungerecht.

Durch das Klimaschutzpaket wird die Pendlerpauschale für Fernpendelnde (also Pendler, die pro Strecke über 20 Kilometer zurücklegen müssen) erhöht, von derzeit 30 auf 35 Cent. Diese Maßnahme ist befristet bis Ende Dezember 2026. Das gilt für alle Verkehrsmittel, auch der Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel ist günstiger.

Es ist richtig, dass die Entlastung am Anfang die Belastung überwiegt, dass jedoch aus diesem Grund extra mehr Kilometer gefahren werden oder Umzüge zu befürchten sind ist sehr unwahrscheinlich. Durch den Anstieg des CO₂-Preises könnten sich bereits 2022 Belastung und die Erhöhung der Pendlerpauschale die Waage halten. Diese Teilanhebung entlastet im Jahr 2023 die Bürgerinnen und Bürger um rund 212 Millionen Euro. Das ist unser Beitrag für diejenigen, denen die Alternativen vor der Tür nicht zur Verfügung stehen.

1 #MutZuMehr

2 Steuergerechtigkeit stärken - Ungleichheit bekämpfen

3
4 Beim Thema Steuern und Abgaben geht es immer um die Frage nach sozialer Gerechtigkeit
5 - es ist somit ein zutiefst sozialdemokratisches Thema. Wir Sozialdemokratinnen und
6 Sozialdemokraten machen Tag für Tag Politik für die arbeitenden Bürgerinnen und Bürger, die
7 sich an die Regeln halten und den Wohlstand dieses Landes erwirtschaften. Dass die soziale
8 Ungleichheit in diesem Land wieder zunimmt, können wir nicht hinnehmen. Wir wollen, dass
9 alle an diesem Wohlstand teilhaben.

10 Populisten von rechts und links lenken in ihren Debatten ab von den großen
11 gesellschaftspolitischen Herausforderungen unserer Zeit. Wir aber reden über die Zukunft der
12 Arbeit, eine sichere Rente sowie eine klima- und umweltverträgliche Industriepolitik und geben
13 handfeste Antworten. Wir wissen, dass diese Themen nicht nur die SPD, sondern die Mehrheit
14 der Menschen in diesem Land umtreibt. Und wir wissen, dass wir mit unseren Antworten die
15 Ungleichheit wieder ins Lot bringen können.

16 Dabei ist es falsch zu behaupten, dass man soziale Ungleichheit mit einem einzigen Gesetz,
17 mit einem Vorhaben, mit einem einzigen Plan besiegen könnte. Soziale Ungleichheit hat viele
18 Ursachen und jede einzelne müssen wir angehen, denn: Mehr Gleichheit ist wirtschaftlich
19 richtig, politisch notwendig und sozial gerecht.

20
21

22 Die SPD steht für diesen Fortschritt.

23
24 Die SPD stand schon immer auf der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer; sie
25 schätzte diejenigen, die schutzbedürftig waren; stärkte die, die kein anderer stärken wollte.
26 Soziale Gerechtigkeit und sichere Arbeitsplätze sind wichtig für eine lebenswerte und
27 funktionierende Gesellschaft und sichern unser aller Wohlstand.

28
29 Einer der wirksamsten Hebel, um das Leben von vielen Menschen auf struktureller Ebene zu
30 verbessern, ist dabei die Steuerpolitik. Steuern berühren verschiedenste Aspekte von
31 Gerechtigkeit. Sie berühren die Menschen im Alltag, sei es zu Hause, in der Freizeit oder auf
32 der Arbeitsstelle. Steuern und Finanzen müssen wieder ein Thema werden, das von allen
33 Genossinnen und Genossen diskutiert werden kann - an Infoständen, auf Veranstaltungen
34 oder mit Familie und Freunden.

35
36 Wir müssen deutlich machen, dass Gerechtigkeit in der Steuer- und Haushaltspolitik auf zwei
37 Säulen beruht. Die erste Säule ist ein gerechtes Steuersystem: Starke Schultern können
38 mehr tragen. Die zweite Säule ist eine Haushaltspolitik, deren Hauptziel - neben der
39 Finanzierung staatlicher Kernaufgaben wie z. B. innerer und äußerer Sicherheit - vor allem
40 die Vermeidung bzw. Minderung großer sozialer Ungleichheiten ist. Das bedeutet für uns,
41 dass Steuergelder künftig noch gezielter in die Institutionen und Infrastrukturen der
42 öffentlichen Daseinsvorsorge sowie in den staatlichen digitalen Netzausbau und
43 Wohnungsbau fließen müssen. Nur so garantieren wir allen Menschen in unserem Land von
44 Anfang an gleiche Chancen und ermöglichen ihnen in jeder Lebensphase die Teilhabe am
45 gesellschaftlichen Leben.

46

47 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für jede und jeden garantieren wir dadurch, indem wir
48 unser Sozialversicherungssystem solidarisch weiterentwickeln.

49 Wir fordern deswegen nicht nur schnellstens die Einführung der Grundrente ohne
50 Bedürftigkeitsprüfung als weiteren Baustein unseres Rentensystems, sondern wollen eine
51 Bürgerrente, in die alle Menschen im berufstätigen Alter einzahlen und aus der alle ihre
52 sichere Rente nach dem Erwerbsleben beziehen.

53
54 Zudem stehen wir ein für ein einheitliches Versorgungssystem bei den Krankenkassen. Wir
55 wollen, dass ausnahmslos alle Bürgerinnen und Bürger in eine Bärgerversicherung
56 einzahlen, und deren Beitragssatz sich nicht nur aus dem Erwerbseinkommen, sondern auch
57 aus Kapitaleinkünften unter Berücksichtigung eines jährlichen steuerrechtlichen
58 Sparerpauschbetrags generiert. So sichern wir hohe Qualität, können kleine und mittlere
59 Einkommen entlasten und bauen zudem Ungleichheit ab.

60
61 Mit den nunmehr hohen Rücklagen der Krankenkassen soll auf Betriebsrenten zukünftig nur
62 noch der halbe Beitragssatz entrichtet werden. Damit werden wir das Vertrauen in die
63 betriebliche Altersvorsorge wieder stärken und die von vielen Beschäftigten als grobe
64 Ungerechtigkeit empfundene Doppelverbeitragung wieder abschaffen.

65
66 Für die weitere Stärkung des Gesundheits- und Rentensystems ist eine Steigerung des
67 Steueranteils bei der Finanzierung notwendig. Die hierfür benötigten Mehreinnahmen wollen
68 wir durch die folgenden Maßnahmen erzielen.

69

70

71 Ein konkreter Plan - für soziale Gerechtigkeit.

72

73 1. Steuergerechtigkeit stärken

74

75 Die SPD hatte seit der Wirtschafts- und Finanzkrise vehement eine Finanztransaktionssteuer
76 gefordert. Finanzminister Olaf Scholz setzte sich seit seinem Amtsantritt auf internationaler
77 Ebene dafür ein. Nun gibt es konkrete Vorschläge, wie der Einführung ab 2021 aussehen
78 soll. Perspektivisch fordern wir neben der Einbeziehung von Aktien auch die von Derivaten.
79 Zudem haben wir uns auf G20-Ebene dafür eingesetzt, eine globale Mindestbesteuerung für
80 Unternehmen einzuführen, insbesondere auch für die großen Digitalkonzerne. Sollte eine
81 internationale Verständigung nicht gelingen, wollen wir bis spätestens Januar 2021 eine
82 europäische Digitalsteuer auf den Weg bringen und nötigenfalls hierfür auch mit einer
83 Gruppe von fortschrittwilligen Staaten in der verstärkten Zusammenarbeit vorangehen. Denn
84 auch und besonders billionenschwere Unternehmen dürfen sich nicht vor Steuern drücken.

85

86 Zudem müssen alle Steuervergünstigungen in Deutschland hinsichtlich einer
87 Lenkungswirkung überprüft werden. Das alles darf jedoch nicht zu einer Belastung für
88 kleinere und mittlere Einkommen führen - denn wir kämpfen für eine gerechte Verteilung der
89 Steuerlast! Generell gilt: Privater Reichtum muss mehr für das Allgemeinwohl herangezogen
90 werden. Deswegen ist es gut, dass durch die Diskussion um die Wiedereinführung der
91 Vermögensteuer dieses Thema wieder in den Vordergrund gerückt ist.

92

93 Gerecht ist es, die Spitzensteuersätze so zu verändern, dass der Solidaritätszuschlag ganz
94 abgeschafft werden kann. Deswegen soll der derzeitige Spitzensteuersatz von 42% erst ab

95 einen Einkommen von 90.000 B greifen. Ab einem Einkommen von 125.000 B soll er auf
96 45% steigen. Auf Spitzensteuereinkommen oberhalb von 250.000 B wollen wir den
97 Steuersatz auf 49% anheben.

98
99 Gerecht bedeutet außerdem, die Abgeltungsteuer für alle Kapitaleinkünfte abzuschaffen und
100 durch einen persönlichen Einkommensteuersatz zu ersetzen. Es gilt: Nicht die Einkünfte aus
101 Kapitalerträgen müssen wir steuerlich begünstigen, sondern die Einkünfte aus Arbeit.

102
103 Gerecht ist eine effektive und bundesweit einheitlich angewendete Erbschaftsteuer. Jährlich
104 werden in Deutschland zwischen 250 und 400 Milliarden Euro vererbt. Bei der Besteuerung
105 von Erbschaften sollen Familien weiterhin großzügige Freibeträge gewährt werden, sodass
106 das (groß-)elterliche Haus nicht zur Tilgung der Steuerlast verkauft werden muss. Auch
107 sollen große Firmenvermögen so besteuert werden, dass kein Risiko für die finanzielle
108 Liquidität des Unternehmens und die Arbeitsplätze der Angestellten entsteht. Konkret kann
109 das bedeuten, dass alle Erbschaften - egal, ob für Privatleute oder Firmen - oberhalb eines
110 Freibetrags von einer Million Euro pro Person mit 10 Prozent besteuert werden. Diese 10
111 Prozent können unter Entfall sämtlicher Ausnahmen über eine Zeitspanne von zehn Jahren
112 abgezahlt werden.

113
114 Wir wollen auch die vielen fleißigen und ehrlichen Unternehmen in unserem Land stärken.
115 Das geht nicht nur über Steuersenkungen, sondern vor allem über eine Entlastung bei der
116 Bürokratie. Daher wollen wir die Aufbewahrungspflichten von Rechnungen und anderen
117 steuerlich relevanten Unterlagen auf fünf Jahre senken.

118
119 Durch die beschriebenen Maßnahmen - die Abschaffung der Abgeltungsteuer, die
120 Verbeitragung von Kapitaleinkünften bei der Krankenversicherung, die gestaffelte Erhöhung
121 des Spitzensteuersatzes sowie die Erbschaftsteuer - schaffen wir es, die wachsende
122 Ungleichheit von Vermögen wieder in ein gesellschaftlich unkritisches Lot zu bringen.
123 Gleichzeitig sollen die Einnahmen aus der Vermögensteuer, Digitalsteuer und der
124 Finanztransaktionssteuer stabile Beitragssätze bei der gesetzlichen Rentenversicherung
125 über das Jahr 2040 hinaus garantieren sowie die Finanzierung der Bärerversicherung und
126 der gesetzlichen Pflege sichern.

127
128
129 2. Steuerbetrug bekämpfen

130
131 Der Kampf gegen Steuerbetrug und -vermeidung bleibt europaweit weiter eine große
132 Herausforderung. So entgehen den EU-Staaten Schätzungen zufolge jährlich rund 825
133 Milliarden Euro durch Steuerhinterziehung. Der Anteil in Deutschland beträgt dabei allein ca.
134 125 Milliarden Euro. Ein Volumen von mehr als einem Drittel des Bundeshaushalts. Eine
135 unerträglich hohe Zahl angesichts der Schuldenberge in den europäischen Staaten.

136
137 Deshalb werden wir die Zusammenarbeit der Behörden auf europäischer Ebene und auf
138 Länderebene in Deutschland verbessern. Wir stärken mit zusätzlichen Personal und
139 Ausstattung den Steuervollzug, Betriebsprüfungen und Steuerfahndung. Nur so sind die
140 Finanzbehörden in der Lage bereits beschlossene Gesetze konsequent umzusetzen, wie
141 beispielsweise das Registrierkassengesetz 2020, mit dem wir den Umsatzsteuerbetrug in

142 besonders Maße bekämpfen können. Bei der Ausfuhr von Kassenzetteln fordern wir eine
143 Bagatellgrenze von 175 Euro.

144
145 Staatsanwaltschaften und Finanzbehörden müssen besser zusammenarbeiten und sich
146 vernetzen, um in Echtzeit Betrugsfälle bearbeiten zu können. Pervertierter Kapitalismus, der
147 in hemmungslosem Staatsbetrug durch nicht berechnete Steuerrückzahlungen oder
148 mehrfache Steuerrückerstattungsforderungen – sogenannte Cum-Cum bzw. Cum-Ex-
149 Geschäfte – ausartet, müssen wir einen Riegel vorschieben. Ein nochmaliges Cum-Ex` oder
150 Cum-Cum` können sich Deutschland und Europa weder erlauben noch leisten. Unsere
151 Finanz- und Justizbehörden müssen schlagkräftiger organisiert sein als die Betrüger. Die
152 abergroße Anzahl ehrlicher Unternehmerinnen und Unternehmer müssen wir entlasten und
153 schätzen, die unehrlichen jedoch stärker bestrafen. Auch wollen wir die so genannten Share
154 Deals verbieten.

155
156 Zudem braucht es konsequentere Maßnahmen gegen Sozialmissbrauch und -betrug. Wir
157 begrüßen hierzu, dass der Bundestag vor kurzem das Gesetz Illegale Beschäftigung,
158 Schwarzarbeit und Sozialleistungsmissbrauch bekämpfen` beschlossen und somit den Zoll
159 mit besseren Befugnissen ausgestattet hat.

160
161 Wir müssen klarstellen: Steuerhinterziehung und Sozialmissbrauch sind keine
162 Kavaliersdelikte, sondern Straftaten, die strenger geahndet und bestraft werden müssen. Die
163 Möglichkeiten zur Steuervermeidung wollen wir konsequent einschränken.

164
165
166 3. Mehrwertsteuersätze

167
168 Dringend nötig ist es, die Mehrwertsteuersätze umfassend auf allen Feldern zu überprüfen
169 und anzupassen. – ber die Jahre hinweg hat sich hier ein Sammelsurium an Absurditäten
170 gebildet. Wir wollen hier das System vereinfachen und zugleich Anreize schaffen. Dinge, die
171 zum alltäglichen Leben gebraucht werden, dürfen nicht stärker besteuert sein als
172 Luxusgüter`.

173
174
175 4. Materielle Sicherheit

176
177 Materielle Sicherheit für alle baut Ungleichheit ab. Deshalb müssen wir unsere Politik darauf
178 ausrichten, dass auch einkommensschwache Menschen Ersparnisse und Vermögen zum
179 Lebensunterhalt aufbauen können und nicht zusätzlich durch neue Steuern oder
180 Bepreisungen belastet werden. Dazu gehört aber, dass Arbeitnehmerinnen und
181 Arbeitnehmer ordentliche und faire Löhne bekommen. Ein fairer Lohn beginnt für uns mit
182 einem Mindestlohn ab 12 Euro, flächendeckende Tariflöhne zu erreichen ist aber unser
183 maßgebliches Ziel.

184
185 Einkommensschwache Haushalte können auch dann mehr Vermögen aufbauen, wenn sie
186 an anderer Stelle entlastet werden. So kann der Staat mit öffentlichen und gemeinnützigen
187 Wohnungsbau dafür sorgen, dass nicht ein Großteil des Einkommens für Miete – die
188 Mietbelastungsquote sollte 25% möglichst nicht überschreiten – ausgegeben werden muss.

189

190 ^a ffentlicher Wohnungsbau heißt, dass sozialverantwortliche Wohnungsbauunternehmen
191 zusammen mit der öffentlichen Hand nachhaltig bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum
192 schaffen und somit Wohnraumspekulation eindämmen. Dafür müssen wir die städtischen
193 und kommunalen Wohnungsbauunternehmen stärken und sie finanziell in die Lage
194 versetzen, vor allem bezahlbare Wohnungen mit dauerhafter Sozialbindung zu bauen.
195 Bezahlbarer Wohnraum in Innenstädten sorgt für eine Sozialstruktur, in der verschiedene
196 Bevölkerungsgruppen aus unterschiedlichen Einkommenschichten miteinander leben
197 können. Dafür müssen wir die städtischen und kommunalen Wohnungsbauunternehmen
198 stärken und sie finanziell in die Lage versetzen, Wohnungen mit dauerhafter Sozialbindung
199 und bezahlbare Wohnungen zu bauen. Index- und Staffelmieten wollen wir verbieten. Keine
200 Bevölkerungsgruppe soll an die Stadtgrenzen gedrängt werden.

201
202 Zugleich wollen wir über öffentliche oder gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften
203 Anreize zum Mietkauf schaffen. Dabei wird den Mieterinnen und Mietern ermöglicht auch
204 ohne Eigenkapital über eine stabile monatliche Ratenzahlung selbst Immobilieneigentümer
205 zu werden.

206
207 Wir wollen eine vergünstigte Abgabe öffentlicher Grundstücke an gemeinnützige
208 Wohnungsbaugenossenschaften ermöglichen, um den Erwerb von selbstgenutztem
209 Wohneigentum für junge Menschen und einkommenschwache Haushalte zu fördern. Dies
210 kann beispielsweise über Erbpachten erfolgen.

211
212 Schneller Wohnungsbau braucht aber auch die schnelle Mobilisierung von Bauland. Dafür
213 sollen öffentliche Grundstücke vorrangig verwendet werden. Für Kommunen wollen wir das
214 Vorkaufsrecht dafür ausweiten. Die Nutzung des Erbbaurechts durch Dritte zur Bebauung
215 ffentlicher Baugrundstücke wollen wir als weitere Säule für schnellen, bezahlbaren
216 Wohnungsbau nutzen.

217
218 Viele Kommunen brauchen Unterstützung, um bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum zu
219 schaffen. Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland schaffen wir nur, in dem
220 sich Bund, Länder und Kommunen gemeinsam unterhaken, um Bauland zu generieren.
221 Oftmals müssen dazu auch Grundstücke rekommunalisiert werden, die Finanzierung wollen
222 wir unter anderem mit einem Kukunftsfonds Deutschland` sicherstellen.

223 224 225 5. Zukunftsaufgaben meistern - Innovation vorantreiben

226
227 Zur Finanzierung von Zukunftsausgaben soll der Staat einen Kukunftsfonds Deutschland`
228 nach dänischem Vorbild einrichten. Dieser soll sich aus Einlagen von verschiedenen
229 Kapitalsammelstellen speisen. Damit soll kurzfristig, wie zuvor beschrieben, das
230 Wohnungsthema angegangen werden, um schnell bezahlbaren Wohnraum in Deutschland
231 zu schaffen.

232
233 Mittelfristig soll aus den vorhanden finanziellen Mitteln der Wirtschaftsstandort Deutschland
234 direkt gestärkt werden. Denn Wagniskapital wird hierzulande kaum generiert, sodass
235 beispielsweise unsere Start-up-Szene kaum Chancen hat, sich in Deutschland über die
236 Gründungs- und Anfangsphase hinaus zu halten. Der Kukunftsfonds Deutschland` soll neue
237 Ideen und zukunftsweisende Technologien, die hierzulande Wachstumstreiber sein können,

238 vorantreiben. Das Einlagerisiko soll breit gestreut werden, der Staat muss hierauf eine
239 Bundesgarantie geben und die Rendite aus innovativen Produkten 'Made in Germany'
240 wieder zurück an den Fonds gehen.

241
242 Den Wohlstand für morgen sichert langfristig auch die Erhöhung der Ausgaben für
243 Forschung und Entwicklung. Der Bund muss diese bei mindestens 3,5 Prozent vom BIP
244 verstetigen. Unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen sollen die besten
245 Arbeitsbedingungen vorweisen und sollen ihr Know-how nicht mit Finanzierungsproblemen
246 bremsen müssen. Aus innovativen Durchbrüchen aus Forschungsergebnissen, die direkt
247 vom Staat finanziert werden, soll der Staat Rendite erhalten, die ebenfalls in den
248 Zukunftsfonds Deutschland fließen. Dies dient langfristig dem Allgemeinwohl und sichert
249 zugleich den Wohlstand für morgen.

250
251 **Soziale Politik, realisiert durch gerechte Steuern. Und zwar nur mit der SPD.**

252
253 Wir Sozialdemokraten stehen seit jeher für eine gerechte Politik für Arbeitnehmerinnen und
254 Arbeitnehmern. Die von uns geforderten Steuerreformen ermöglichen allen, die in unserem
255 Land leben, ein freies, sicheres und selbstbestimmtes Leben. Im Gegensatz zu anderen
256 Parteien bringt die SPD dabei soziale Kompetenz und nachhaltiges Denken aberein - den
257 Wählerinnen und Wählern muss klar sein, dass ein Kreuz bei den Sozialdemokraten ein
258 Kreuz für pragmatische Politik bedeutet, die sich alleine am Bürgerwohl orientiert.

259
260 Auch wenn die zu lösenden Aufgaben groß sind: Wir sind davon überzeugt, dass unsere
261 Reformen einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Gerechtigkeit nicht nur voranzutreiben,
262 sondern sie in das tägliche Lebensgefühl unserer Bürgerinnen und Bürger zu integrieren.
263 Gerechtigkeit muss, davon sind wir überzeugt, eine Selbstverständlichkeit sein - für
264 diejenigen, die Politik betreiben, muss sie bestimmender Faktor jeder Entscheidung sein; für
265 diejenigen, die in unserem Land leben, muss sie als direkte Konsequenz dieser Politik
266 wahrgenommen werden.